



Rat

über die
6. Sitzung des Rates
am Dienstag, dem 06.12.2011
in der Stadthalle

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 19:05 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Thomas Blaschke
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Silvester Runde
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann

Frau Rosemarie Gerdes
Herr Reinhard Hasler
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Adrian Mork
Frau Bettina Werning

FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Martin Wiegemann

DIE LINKE / GAL
Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Gabriele Lenkenhoff

fraktionslos
Herr Dieter Kloß

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Ulrich Klein
Frau Ursula Lungenhausen
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Herr Reiner Brüggemann
Frau Sabrina Conrad
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Personalrat
Herr Uwe Fleißig

Gäste
Herr Robert Stams, GSW

Entschuldigt fehlten
Herr Cetin Bahcekapili
Frau Alexandra Möller

Der Bürgermeister, Herr **Huße**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Auf Vorschlag des Bürgermeisters und im Einvernehmen der Ratsmitglieder wurde der TOP 20 – Einwohnerfragestunde vorgezogen und als TOP 2 behandelt. Die übrigen Tagesordnungspunkte wurden entsprechend verschoben.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Umbesetzung von Ausschüssen	106/2011
2	Einwohnerfragestunde	
3	Bestellung eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Hellmig-Krankenhaus Kamen gGmbH	108/2011
4	Schließung des Freibads Kamen-Heeren	110/2011
5	Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Kamen	082/2011
6	Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen	101/2011
7	Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Kamen	099/2011
8	Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen	098/2011
9	Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen ab 01.01.2012	085/2011
10	Kalkulation 2012 für die Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen	100/2011
11	Kalkulation 2012 der Gebührensätze für die Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste (Kirmessen) - Standgeldsatzung -	109/2011
12	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Unna	064/2011
13	Bereitstellung von über die Planung hinausgehenden Haushaltsmitteln im Produkt 36.03.01 - Hilfen für junge Menschen und ihre Familien -	089/2011
14	Zusätzliche Investitionsmaßnahme - Ersatzbeschaffung eines Einsatzleitwagens für die Feuerwehr	095/2011
15	Umbenennung von Straßen hier: Umbenennung der Straße "Grenzweg" in "Paul-Vahle-Straße"	107/2011
16	Feststellung Jahresabschluss 2010	102/2011
17	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2012	097/2011
18	Haushaltssatzung für das Jahr 2012	105/2011
19	Beteiligungsbericht 2011	086/2011

20	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Stadtentwässerung Kamen" für das Wirtschaftsjahr 2012 und die Finanzplanung der Jahre 2011 - 2015	084/2011
21	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Überörtliche Prüfung der Stadt Kamen in den Bereichen Finanzen (2005 - 2008), Bauleistungen, Gebäudewirtschaft (2006 - 2008), Grünflächen (2007 - 2009)	090/2011
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
3	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
106/2011

Umbesetzung von Ausschüssen

Zunächst gedachte Herr **Hupe** des verstorbenen Herrn Sandrock und würdigte seine engagierte Mitarbeit in den verschiedensten kommunalen Gremien der Stadt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt folgende Umbesetzungen:

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
stellvertretendes Mitglied im Schul- und Sportausschuss	Jo Achim Sandrock	Katharina Werning
Mitglied im Familien- und Sozialausschuss	Jo Achim Sandrock	Katharina Werning
Mitglied im Straßenverkehrsausschuss	Jo Achim Sandrock	Klaus-Bernhard Kühnapfel
Mitglied im Behindertenbeirat	Jo Achim Sandrock	Anke Jauer

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohneranfragen vor.

Zu TOP 3.
108/2011

Bestellung eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Hellmig-Krankenhaus Kamen gGmbH

Beschluss:

Der Rat bestellt als Mitglied für den Aufsichtsrat der Hellmig-Krankenhaus Kamen gGmbH

bisher

neu

Jo Achim Sandrock

Alexandra Möller

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
110/2011

Schließung des Freibads Kamen-Heeren

Herr **Stams**, Geschäftsführer der GSW Kamen-Bergkamen-Bönen, stellte die Situation des Heerener Freibades aus Sicht des Badbetreibers anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1 der Niederschrift) dar.

Einleitend rief er in Erinnerung, dass sich in der Zeit seit Gründung der GSW und Übertragung des Bäderbetriebes auf die GSW wesentliche Veränderungen in der Wettbewerbssituation ergeben hätten.

Bedingt durch den verschärften Druck im Energiegeschäft, verstärkten Wettbewerb, die Entwicklung neuer Geschäftsfelder, das steigende Defizit bei den Freizeiteinrichtungen, welche aus der Natur der Sache defizitär seien, und die Ausschüttungserwartung der beteiligten Kommunen, welche aus deren prekären finanziellen Lage herrühre, befinde sich die GSW in einem Spannungsfeld der Interessen. Dem könne seitens der GSW nur durch Reduzierung des Defizits im Freizeitbereich begegnet werden.

Mit einer Übersicht über den Bestand der Freizeiteinrichtungen und der jeweiligen Nutzerstrukturen stellte er dar, dass einzig das Freibad in Heeren weder von Schulen noch von Vereinen, sondern ausschließlich von der Öffentlichkeit genutzt werde.

Bei Betrachtung der Umsatzerlöse und des Gesamtaufwandes werde im Ergebnis das enorme Defizit aller Freizeiteinrichtungen im GSW-Gebiet von aktuell über 5 Mio. Euro deutlich. Nach Darstellung der durchschnittlichen Besucherzahlen und des durchschnittlichen Umsatzes in den Jahren 2005 bis 2009, führte Herr Stams aus, dass für 2011 insgesamt für alle Freibäder mit einem durchschnittlichen Umsatz in Höhe von 100.000 bis 120.000 Euro gerechnet worden sei. Nunmehr werde ein Umsatz von ca. 40.000 Euro erwartet.

Bei Betrachtung der Wirtschaftlichkeitskennzahlen bat er die besondere Situation der Freibäder zu beachten. Sie seien nur temporär für einen Teil des Jahres geöffnet, verursachten jedoch das ganze Jahr laufende Kosten.

Mit einem Anteil von fast 50 % stelle das Personal den größten Kostenfaktor dar. Daraus erklärten sich z.B. die positiven Kennzahlen zum Hallenbad in Methler, da es ausschließlich durch Schulen und Vereine genutzt werde. Eigenes Personal zur Sicherstellung der Aufsichtspflicht müsse dort nicht gestellt werden.

Den Fokus richtete Herr Stams auf die Kennzahlen zur Unterdeckung je Besucher und zum Kostendeckungsgrad der einzelnen Einrichtungen. Diese zeigten deutlich, dass das Freibad Heeren das Negativbeispiel sei.

Im Anschluss stellte er die bislang zur Reduzierung der Defizite eingeleiteten Maßnahmen im Bereich der Freizeiteinrichtungen vor. Dabei machte er deutlich, dass diese Maßnahmen lediglich helfen würden den Anstieg des Defizits zu vermeiden. Eine nachhaltige Langzeitleösung seien sie nicht. Zusammenfassend skizzierte er die Gründe für den Vorschlag zur Schließung des Heerener Freibades. Neben dem schlechtesten Kostendeckungsgrad und den geringsten Besucherzahlen, werde das Bad weder von Schulen noch von Vereinen genutzt, so dass für diesen Personenkreis keine Nachteile entstünden. Bereits im Bäderkonzept aus dem Jahr 2000 sei festgestellt worden, dass die Stadt Kamen im Vergleich des Verbundes mit einer überproportionalen Freibadfläche ausgestattet sei. Das Freibad Kamen-Mitte stehe weiterhin für den Freibadbetrieb zur Verfügung und sei auch vom Stadtteil Heeren gut erreichbar. Nicht zuletzt wäre aufgrund des schlechten baulichen Zustands des Nebengebäudes ein Neubau notwendig, der voraussichtlich Kosten in Höhe von 700.000 Euro verursachen würde.

Aufgrund der Regelungen im Konsortialvertrag müsse die von der Schließung betroffene Kommune der Schließung zustimmen.

Herr **Grosch** erkundigte sich nach den Flächen der einzelnen Freibäder, und ob es richtig sei, dass das operative Betriebsergebnis bei 4 % liege.

Herr **Stams** informierte, dass an drei Standorten im Verbundgebiet Freibäder vorgehalten würden. Das Freibad in Heeren biete eine Wasserfläche von ca. 400 qm. Da die Wasserflächen in Kamen-Mitte und Weddinghofen wesentlich größer seien, umfasse das Heerener Freibad nur einen Anteil von ca. 20 % der gesamten Wasserflächen.

Er bestätigte den Anteil des operativen Betriebsergebnisses am Gesamtergebnis, betonte jedoch, dass die aktuelle Bäderstruktur aufgrund der Defizite in dieser Form nicht mehr zu halten sei. Der Vorschlag zur Schließung des Heerener Freibades sei in der wirtschaftlichen Situation begründet. Bei dieser Entscheidung werde zudem berücksichtigt, dass durch die Schließung keine Beeinträchtigungen für Vereine oder Schulen entstünden und der außergewöhnliche Investitionsaufwand betrachtet werden müsse.

Herr **Kloß** fragte nach dem tatsächlichen Einsparpotential durch die Schließung des Heerener Freibades. Er habe den Eindruck gewonnen, dass diese Maßnahme schon lange geplant gewesen sei, weshalb sich ihm die Frage stelle, warum der Beschluss nun so kurzfristig herbeigeführt werden solle.

Herr **Stams** führte aus, dass die GSW jährlich über 1,5 Mio. Euro für die Instandhaltung der Freizeiteinrichtungen aufwenden müsse, weil ein Großteil der Bäder aus den 70er Jahren stamme. Nur so könne der gute Zustand der Anlagen erhalten werden.

Durch die Schließung des Freibades Heeren-Werve sei es möglich einen großen Teil der Kosten einzusparen. Dies sei jedoch auch nur ein erster Schritt zur Minimierung des Defizits.

Frau **Dyduch** räumte ein, dass es sich um ein unangenehmes und emotionales Thema, besonders für die Bürger des Stadtteils Heeren-Werve handle. Auf der anderen Seite stehe das Interesse der Stadt als Miteigentümer der GSW an der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens.

Entscheidend sei die Frage, ob in Kamen angesichts der finanziellen Lage zwei Freibäder vorgehalten werden könnten. Sie gab zu bedenken, dass hier eine Diskussion auf hohem Niveau geführt werde. Schließlich bliebe das Freibad in Kamen-Mitte erhalten.

Sie erklärte die Zustimmung der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage.

Die Schließung einer Freizeiteinrichtung habe immer einen negativen Beigeschmack, führte Frau **Schaumann** aus. Der Kostendruck lasse jedoch aus langfristiger Sicht keine andere Möglichkeit.

Herr **Kühnapfel** erinnerte daran, dass aus Bestandssicherungsgründen die Freizeiteinrichtungen bewusst durch den Rat auf die GSW übertragen worden seien. Für den Stadtteil sei das Freibad von besonderer Bedeutung. Die Schließung wäre vor allem für junge Familien mit Kindern ein großer Verlust. Er warf den GSW vor, keine ausreichenden Anstrengungen unternommen zu haben, um die Attraktivität des Bades zu steigern.

Seiner Auffassung nach sei die Frage nach dem tatsächlichen Einsparpotential bislang unbeantwortet geblieben. Kritisch bewertete er zudem die Art der Informationsweitergabe an die Öffentlichkeit. Er bedauerte, dass es weder eine öffentliche Diskussion noch die Vorstellung von Alternativen gegeben habe. Ein offeneres Verfahren sei wünschenswert gewesen.

Zur Frage des Einsparpotentials verwies Herr **Hupe** auf die ausführliche Beschlussvorlage. Er verwehrte sich gegen die Unterstellung, es habe keine öffentliche Diskussion stattgefunden. In diesem Zusammenhang dürfe auch nicht vergessen werden, dass der Ältestenrat bereits im September über die Sachlage informiert gewesen sei.

Herr Eckardt nahm an der Sitzung sowie der weiteren Beratung und Beschlussfassung teil.

Herr **Grosch** machte sein Unverständnis für den Verzicht auf eine Bürgerversammlung im Stadtteil Heeren deutlich. Betroffen von der Schließung seien hauptsächlich die Kinder des Stadtteiles und deren Eltern.

Er betrachtete es kritisch, dass aufgrund einer so minimalen Einsparung von 4 % eine für den Stadtteil wichtige Freizeiteinrichtung geschlossen werde.

Das Argument der Nachhaltigkeit sei nur im betriebswirtschaftlichen Sinne gegeben. Im Gegensatz dazu verstehe Politik unter Nachhaltigkeit den Erhalt von vorhandenen Strukturen.

Wenn die Schließung nur ein erster Schritt sei, stelle sich die Frage, welches Bad als nächstes geschlossen würde.

Die Frage nach der Schließung weiterer Bäder in Kamen sei bereits mit dem zweiten Satz des Beschlussvorschlages beantwortet worden, entgegnete Herr **Hupe**. Er betonte, dass bei den betriebswirtschaftlichen Gründen ebenfalls die Verantwortung der Stadt gegenüber den GSW sowie den Mitgesellschaftern zu berücksichtigen sei. An der Zielsetzung, die übrigen Strukturen dauerhaft zu erhalten, ändere sich durch diese Entscheidung nichts.

Frau **Scharrenbach** verdeutlichte, dass es grundsätzlich Aufgabe der Kommunalpolitik sei, vorhandene Strukturen zu erhalten und Systemanpassungen an veränderte Bedingungen vorzunehmen. Das schließe Rückschritte mit ein. Bei der Diskussion sei es wichtig, über die Entwicklung und die Zahlen der letzten 5 Jahre hinaus auch gewünschte Mindeststandards zu betrachten. Eine isolierte Betrachtung der Zahlen dieses schlechten Sommers alleine sei nicht aussagekräftig. Vor der heutigen Entscheidung hätte man nach ihrer Auffassung schon eher gestanden, wenn nicht die GSW im Querverbund über lange Zeit den Erhalt der Bäderstruktur gesichert hätte.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens GSW sah sie es als erforderlich an diesen Schritt zu gehen, um auch zukünftig die vorhandenen Strukturen soweit wie möglich zu erhalten. Die CDU-Fraktion unterstütze daher den Schließungsvorschlag.

Herr **Kloß** merkte kritisch an, dass verantwortliches Handeln immer auch genügend Informationen im Vorfeld voraussetze. Dies sah er hier nicht gegeben, weshalb er der Vorlage nicht zustimmen werde.

Frau **Dyduch** machte auf die zahlreichen, verschiedenen Maßnahmen der GSW zur Sicherung des Bäderkonzeptes, wie beispielsweise die Beschränkung der Öffnungszeiten, aufmerksam. Letztlich werde die Gewinnausschüttung der GSW im städtischen Haushalt dringend benötigt. Die Kritik der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen verwundere sie, da die Fraktion mit im Aufsichtsrat der GSW vertreten sei. Der Schließung sei dort zugestimmt worden. Von der Fraktion GAL / Die Linke forderte sie neben der geäußerten Kritik konkrete Vorschläge ein. Zu der Argumentation des Herrn Grosch wandte sie ein, dass auch Kinder aus den anderen Stadtteilen für einen Freibadbesuch nach Kamen Mitte kommen müssten.

Zur weiteren Argumentation gegen die Schließung des Heerener Freibades als wichtige soziale Einrichtung des Stadtteils, verwies Herr **Grosch** auf den Verzicht auf Einnahmen aus Parkgebühren sowie die Reduzierung der jährlichen Defizite aus den Beteiligungen an der TECHNOPARK Kamen GmbH und der KBG.

Die Schließung sei ohne Zweifel für den Bürger des Stadtteiles bedauerlich, so Herr **Kissing**. Er machte jedoch deutlich, dass man nach sorgfältiger Abwägung an den Argumenten für eine Schließung nicht vorbeikomme. Die Kritik zum Informationsdefizit der Fraktionen könne auch er nicht nachvollziehen, da die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen durch die Vertreter in den Gremien der GSW ausreichend informiert gewesen sein müsste.

Herr **Kühnapfel** stellte klar, dass sich die Kritik gegen die fehlende Öffentlichkeit der Schließungsentscheidung richte. Die Bürger seien nur rudimentär informiert worden. Eine solch schnelle Entscheidung rufe immer auch eine gewisse Skepsis hervor.

Der **Bürgermeister** wandte ein, dass eine Zeitspanne von vier Monaten von der ersten Information bis zur Entscheidung nicht zu kritisieren sei. Mit Blick auf die vorgebrachte Argumentation könne die Aufrechterhaltung des Badebetriebes nicht mehr verantwortet werden.

Trotz hoher Emotionalität, mahnte Herr **Klanke** eine sachliche Diskussion an, in der die vorgebrachten Argumente objektiv bewertet und abgewägt werden müssten. Aufgrund unterschiedlicher Bedingungen könne die Situation nur schwierig mit der anderer benachbarter Städte verglichen werden. Er halte es für zu einfach, als Gegenargument immer wieder den Verzicht auf die Einführung von Parkgebühren vorzuhalten.

Beschluss:

Die Gemeinschaftsstadtwerke GSW Kamen – Bönen – Bergkamen mbH (GSW) werden mit der Schließung des Freibad in Kamen-Heeren beauftragt.

Im Rahmen der Bäderkonzeption sowie der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der GSW und der Eignerkommunen erfolgt eine konstitutive Sicherung der weiteren Bäder im Stadtgebiet Kamen.

Abstimmungsergebnis: bei 6 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 5.
082/2011

Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Kamen

Auf Nachfrage des **Bürgermeisters** zur Behandlung des Antrages der CDU-Fraktion zur Gewerbesteuererhöhung, erklärte Frau **Scharrenbach**, dass keine separate Abstimmung zum Antrag erfolgen müsse, mit der Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung werde auch über den Antrag mitentschieden.

Frau **Dyduch** stellte zusammenfassend fest, dass es sich um eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Punkte, welches einer Erhöhung von ca. 1,5 % entspreche, handle. Mit Blick auf die Sanierung der Innenstadt und den Verzicht auf Parkgebühren, sei man den Händlern bereits entgegengekommen. Eine Schwächung der heimischen Wirtschaft befürchtete sie nicht. Die Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Frau **Scharrenbach** charakterisierte die Erhöhung als „süßes Gift“, mit der Gefahr, die Attraktivität der Stadt aufs Spiel zu setzen. Sie kritisierte die zu kurzfristige Sichtweise dieser Erhöhung ohne Blick auf die Langzeitfolgen. Den Strukturschwächen würde auf diese Weise nicht entgegengewirkt. Sie sah in der Erhöhung einen prozyklischen Eingriff in den Wirtschaftskreislauf, der sich in jedem Fall negativ auswirken werde. Sie sprach sich für eine langfristige Sichtweise aus.

Frau **Schaumann** vertrat den Standpunkt, dass diese moderate Anhebung dem städtischen Haushalt keine erheblichen Verbesserungen bringe, die ansässigen Firmen jedoch zusätzlich belaste.

Es sei unzweifelhaft, dass diese Erhöhung einige kleinere Betriebe treffen werde, so Herr **Kühnapfel**. Er gab dennoch zu Bedenken, dass es sich um die erste moderate Anhebung seit 8 Jahren handle und im letzten Jahr bereits der Hebesatz für die Grundsteuer B angehoben worden sei.

Herr Kasperidus nahm an der Sitzung sowie der weiteren Beratung und Beschlussfassung teil.

Herr **Heidler** vertrat die Auffassung, dass nicht der Gewerbesteuerhebesatz alleiniger Standortfaktor sei. Entscheidend sei vielmehr die gebotene Infrastruktur eines Wirtschaftsstandortes. Dazu gehöre z.B. die sanierte Innenstadt, die erhebliche Vorteile biete.

Die Entscheidung zum Verzicht auf Parkgebühren beruhe auf innerstädtischer Solidarität und bleibe ein wichtiger Beitrag für eine zukünftige Entwicklung der Innenstadt sowie der hiesigen Wirtschaft.

Herr **Grosch** erklärte, dass die Erhöhung von seiner Fraktion mitgetragen werde. Entgegen dem von Frau Dyduch genannten Wert, habe er eine Erhöhung von 2,1 % errechnet. Der Erhöhungsbetrag sei überschaubar.

Kleine Betriebe müssten keine Gewerbesteuer zahlen, da die Erhebung in Abhängigkeit zum erzielten Gewinn stünde. Insofern seien auch keine Firmenpleiten zu befürchten.

Zur Vermeidung von Missverständnissen legte Herr **Huße** dar, dass der von Frau Dyduch genannte Satz von ca. 1,5 % sich auf das Anordnungssoll, der von Herrn Grosch genannte Satz von 2,1 % sich auf das Ergebnis 2011 beziehe.

Frau **Scharrenbach** zeigte auf, dass die Probleme sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite bestünden. Die Betrachtung der Gewerbetreibenden dürfe nicht auf die Innenstadt beschränkt sein. Die meisten kleineren Gewerbesteuerzahler seien bereits mit der Erhöhung der Grundsteuer B zusätzlich belastet worden.

Auf lange Sicht sei es für den Unternehmer nicht ratsam Kostensteigerungen komplett weiterzugeben, so dass für ihn durch die Erhöhung zusätzliche Belastungen entstünden. Für die in Kamen überwiegend angesiedelten kleinen und mittleren Betrieben sei die Gewerbesteuer neben weiteren Faktoren ein entscheidender Standortfaktor. Eine Erhöhung halte sie auf lange Sicht für ein falsches Signal mit abschreckender Wirkung.

Herr **Heidler** äußerte Zweifel, dass auf eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes verzichtet werden könne, wenn andererseits versucht werden solle einen Haushaltsausgleich bis zu einem bestimmten Zeitpunkt darzulegen. Durch einen Verzicht werde die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes nicht gesteigert, da die fehlenden Einnahmen Kürzungen in anderen Bereichen bedingten.

Frau **Scharrenbach** hielt unter Verweis auf das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2012 entgegen, dass es dort ohne weiteres möglich gewesen sei, bei einer der größten Einsparpositionen, 3 Mio. Euro ohne Ersatzvorschlag zu streichen. Gleiches sei zuvor mit der Position Parkraumbewirtschaftung geschehen, welche ebenfalls ersatzlos gestrichen worden sei.

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte „Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer in der Stadt Kamen“ (Hebesatz-Satzung).

Abstimmungsergebnis: bei einer Enthaltung und 12 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 6.
101/2011

Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen

Herr **Brüggemann** erläuterte kurz die vorgelegte Korrektur der Kalkulation und der Änderungssatzung. Er machte deutlich, dass es sich dabei lediglich um eine notwendig gewordene Umverteilung von Positionen handele.

Für die SPD-Fraktion nahm Herr **Krause** zu den Gebührenhaushalten insgesamt Stellung. Im Fazit seien diese sowohl maß- als auch sinnvoll. Die Erhöhung der Straßenreinigungsgebühr sei ohne Zweifel den letzten harten Wintern geschuldet und daher unabwendbar. Die SPD-Fraktion werde den Gebührenhaushalten zustimmen.

Herr **Hasler** erklärte für die CDU-Fraktion ebenfalls die Zustimmung zu den vorgelegten Gebührenhaushalten. Diese seien schlüssig, die jeweiligen Erhöhungen halte er für maßvoll. Einzig die Erhöhungen der Straßenreinigungsgebühr sei aufgrund des erhöhten Aufwandes des Winterräumdienstes verhältnismäßig hoch ausgefallen. Dies belaste die einzelnen Haushalte allerdings auch nur in Maßen, da die Gebühr nach laufenden Metern berechnet werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte "Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen" und billigt gleichzeitig die dieser Satzung zugrunde liegende Berechnung der Gebührensätze.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
099/2011

Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte „Zwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Kamen“ und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
098/2011

Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte „Zehnte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen“ und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührebedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.
085/2011

Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen ab 01.01.2012

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte „sechste“ Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen“ und billigt gleichzeitig die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis: bei einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Zu TOP 10.
100/2011

Kalkulation 2012 für die Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 11.
109/2011

Kalkulation 2012 der Gebührensätze für die Satzung der Stadt Kamen über die Erhebung von Standgeld für Wochenmärkte und Volksfeste (Kirmessen)
- Standgeldsatzung -

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 12.
064/2011

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Unna

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen stimmt der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Stadt Kamen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 13.
089/2011

Bereitstellung von über die Planung hinausgehenden Haushaltsmitteln im Produkt 36.03.01
- Hilfen für junge Menschen und ihre Familien -

Beschluss:

Im Produkt 36.03.01 - Hilfen für junge Menschen und ihre Familien - werden bei den Transferaufwendungen (Teilergebnisplan Zeile 15) 330.000,00 € als über den Buchungsrahmen hinausgehender Aufwand zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 14.
095/2011

Zusätzliche Investitionsmaßnahme - Ersatzbeschaffung eines Einsatzleitwagens für die Feuerwehr

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 15.
107/2011

Umbenennung von Straßen
hier: Umbenennung der Straße "Grenzweg" in "Paul-Vahle-Straße"

Herr **Sostmann** berichtete zum Hintergrund der Vorlage von der Anfrage der Firma Vahle zur Straßenumbenennung anlässlich des 100jährigen Firmenjubiläums. Er hob hervor, dass die Gebäude im Grenzweg fast ausschließlich zur Firma oder Familie Vahle gehören. Die Firma habe zugesagt, die für Dritte durch die Umbenennung entstehenden Kosten zu übernehmen.

Beschluss:

Die im Lageplan gekennzeichnete Straße „Grenzweg“ wird zum 18.05.2012 umbenannt in „Paul-Vahle-Straße“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 16.
102/2011

Feststellung Jahresabschluss 2010

Frau **Scharrenbach** erklärte ihre Befangenheit zu diesem Tagesordnungspunkt und nahm an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2010 wird einschließlich des Lageberichtes festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag 2010 in Höhe von 16.481.004,36 Euro wird durch eine Entnahme in Höhe von 16.481.004,36 Euro aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen.
3. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2010 uneingeschränkt Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 17.
097/2011

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2012

Herr **Krause** nahm für die SPD-Fraktion Stellung zum Stellenplan (*siehe Redebeitrag – Anlage 2 der Niederschrift*).

Herr **Hasler** bewertete den Stellenplan für die CDU-Fraktion (*siehe Redebeitrag – Anlage 3 der Niederschrift*).

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen nahm Herr **Kühnapfel** zum Stellenplan Stellung (*siehe Redebeitrag – Anlage 4 der Niederschrift*).

Frau **Lenkenhoff** nahm kritisch Stellung zum vorgelegten Stellenplan. Nach dem Dank an die Mitarbeiter, zeigte sie sich erfreut über die neue Ausbildungssituation. Sie warnte jedoch davor, dass die Versäumnisse der Vergangenheit zukünftig nicht unbemerkt blieben.

Auch den Fachkräftemangel bekomme die Stadt Kamen vor allem in den technischen Bereichen zu spüren.

Sie wünsche sich eine Fortführung des Ordnungsdienstes im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Mittels der Bürgerarbeit über das Jahr 2014 hinaus. Lobend erwähnte sie den Förderverein Jugend, ohne dessen Unterstützung einige Angebote für Kinder und Jugendliche nicht realisierbar gewesen wären, beispielhaft verwies sie auf Aktionen in den Schulferien.

Schließlich kritisierte sie in Bezug auf die interkommunale Öffnung der Verwaltung das Fehlen von Daten- und Zahlenmaterial.

Im Ergebnis lehne die Fraktion den vorgelegten Stellenplan ab.

Für die FDP-Fraktion erklärte Herr **Wiegmann** die Zustimmung zum Stellenplan (*siehe Redebeitrag – Anlage 5 der Niederschrift*).

Herr **Kloß** zog das Fazit, dass der Stellenplan einen dynamischen Betrieb mit Entwicklungsmöglichkeiten zeige. Besonders positiv sei, dass die Verwaltung nun wieder Auszubildende beschäftigen könne, auch wenn die Anzahl noch steigerungsfähig sei.

Um der allgemeinen Entwicklung gerecht zu werden, müsse die Verwaltung personell weiter schrumpfen, die Arbeitsverdichtung werde jedoch gleichzeitig ansteigen. Abschließend dankte er den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Zur Kritik an der Stellenstreichung innerhalb der Sportverwaltung führte Herr **Brüggemann** aus, dass die Stellen 49 bis 52 des Stellenplanes im Kontext zu sehen seien. An einer neuen Aufgabenverteilung werde zur Zeit unter Einbeziehung der Beteiligten und des Personalrates gearbeitet. Er versicherte, dass es auch zukünftig konkrete Ansprechpartner für den Sportbereich geben werde, ein Serviceverlust sei nicht zu befürchten.

Die Argumentation könne nachvollzogen werden, so Herr **Hasler**. Er äußerte den Wunsch, vor den Beratungen im nächsten Jahr das neue Konzept zu reflektieren.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Haushaltskonsolidierung jede freiwerdende Stelle vor einer evtl. Wiederbesetzung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Dabei muss beurteilt werden, ob die Aufgaben der betreffenden freiwerdenden Stelle durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden können, bzw. ob eine Besetzung der Stelle mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht kommt.
2. Dem vorgelegten Stellenplan 2012 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Zu TOP 18.
105/2011

Haushaltssatzung für das Jahr 2012

Einleitend informierte Herr **Mösgen**, dass dem Rat im März 2012 ein neues Haushaltssicherungskonzept vorgelegt werde, welches unter Nutzung der neuen Möglichkeiten des § 76 GO NRW einen Haushaltsausgleich bis spätestens zum Ende des Jahres 2022 darstellen werde.

Dem Verfahrensvorschlag des Bürgermeisters, zunächst die Haushaltsreden zu halten, im Anschluss die Diskussion zum Haushalt zu führen und zum Schluss den Antrag zu diskutieren, wurde zugestimmt.

Für die SPD-Fraktion gab Frau **Dyduch** eine Stellungnahme zur Haushaltssatzung ab (*siehe Redebeitrag – Anlage 6 der Niederschrift*).

Frau **Scharrenbach** nahm für die CDU-Fraktion kritisch Stellung zur Haushaltssatzung (*siehe Redebeitrag – Anlage 7 der Niederschrift*).

Frau **Werning** erklärte die Ablehnung des Haushaltes für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (*siehe Redebeitrag – Anlage 8 der Niederschrift*).

Für die FDP-Fraktion legte Frau **Schaumann** die ablehnende Haltung zur Haushaltssatzung dar (*siehe Redebeitrag – Anlage 9 der Niederschrift*).

Herr **Grosch** bewertete die Haushaltssatzung für die Fraktion Die Linke / GAL (*siehe Redebeitrag – Anlage 10 der Niederschrift*).

Herr **Kloß** lehnte in seiner Stellungnahme die Haushaltssatzung ab (*siehe Redebeitrag – Anlage 11 der Niederschrift*).

Bezogen auf den Antrag der CDU-Fraktion zur Nutzung des Kommunalen Beratungskonzeptes der Bezirksregierung Arnsberg, richtete Frau **Scharrenbach** den Blick auf die Vorteile des Beratungskonzeptes. Es sei nicht nur kostenlos, bei der Bezirksregierung liege zudem eine hohe Fachkenntnis vor und es eröffne Vergleichsmöglichkeiten. Sie kritisierte, dass die Fraktionen von der Verwaltung nicht über dieses Angebot informiert worden seien.

Frau **Dyduch** stellte sich hinter die Vorgehensweise der Verwaltung, da sie die ausreichende Kompetenz innerhalb der Verwaltung gegeben sehe. Sie kritisierte das Verhalten der CDU-Fraktion, ausschließlich Kritik zu üben ohne selbst konstruktive Vorschläge einzubringen.

Frau **Scharrenbach** entgegnete, dass alle Fraktionen, ausgenommen die SPD-Fraktion, laufend Anträge zu den verschiedensten Sachthemen stellen würden. Die SPD-Fraktion lehne diese Anträge jedoch regelmäßig ab, ein Entgegenkommen sei nicht zu erkennen.

Aufgrund positiver Erfahrungen aus einzelnen Fachausschüssen forderte sie regelmäßige Informationen zu den Entwicklungen der einzelnen Produkte in allen Fachausschüssen ein.

Herr **Kühnapfel** hielt die Wahrnehmung des Beratungsangebotes grundsätzlich für hilfreich. Neben der Beratungsfunktion und den Hilfestellungen, könne er sich vorstellen, dass auf diese Weise größere Transparenz hergestellt werden könne. Dadurch erhoffe er sich zudem eine frühere Beteiligung der Fraktionen. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen unterstütze den Antrag.

Frau **Dyduch** hob hervor, dass sie sich durch die Verwaltung ausreichend informiert fühle. Um konstruktive Vorschläge zu entwickeln, schlug sie gemeinsame Gespräche aller Fraktionen zum Anfang des nächsten Jahres vor. Sie erinnerte an die Verantwortung der Politik gegenüber der Stadt und den Bürgern.

Die Verwaltung sah sie so gut aufgestellt, dass ein externes Beratungsangebot nicht notwendig sei.

Unter Bezugnahme auf die Aussage von Frau Scharrenbach zur kritischen Hinterfragung der Arbeit der SPD-Fraktion durch die Oppositionsfraktionen, verwies Herr **Eckardt** auf das Ergebnis der letzten Kommunalwahl, das eindeutig zeige, wie zufrieden die Bürger mit der Arbeit der SPD-Fraktion seien.

Frau **Schaumann** stimmte in der Forderung nach neuen Ideen und größerer Transparenz mit Herrn Kühnapfel überein.

Um die Folgen aus der Wahrnehmung des Beratungsangebotes für die Stadt deutlich zu machen, erläuterte Herr **Hupe** die Eckpunkte des Konzeptes. Als Zeitschiene für die Grunderarbeitung würden sechs Monate angesetzt. Zu den Themenfeldern zähle der Personalbereich, die interkommunale Zusammenarbeit, kommunale Beteiligungen, zumutbare Ertragssteigerungen und der Bereich der freiwilligen Leistungen. Da die aufgeführten Themen in Kamen bereits seit Jahren bearbeitet würden, bringe das Konzept nur eine weitere Formalisierung mit sich.

Der Bürgermeister machte deutlich, dass die Verwaltung während der Erarbeitung des neuen Haushaltssicherungskonzeptes sowieso in intensivem Kontakt zum Kreis Unna und der Bezirksregierung stehe. Trotz nicht unproblematischer 10-jähriger Prognose, bestehe die Chance mit belastbaren Zahlen den Haushaltsausgleich zu erreichen.

Herr **Grosch** erklärte, dass die Fraktion Die Linke / GAL dem Antrag eher skeptisch gegenüberstehe. Er befürchtete, dass die hiesigen Erfahrungswerte zu wenig Berücksichtigung fänden. Der Kritik an dem Verhalten der SPD-Fraktion stimmte er zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ der **Bürgermeister** zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Dem Antrag der CDU-Fraktion zur Wahrnehmung des Kommunalen Beratungskonzeptes der Bezirksregierung Arnsberg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mit 27 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Der Vorschlag des **Bürgermeisters**, im Folgenden einzeln über die Punkte A bis C und zum Schluss insgesamt über die Punkte von A bis D abstimmen zu lassen, fand die Zustimmung des Rates.

Beschluss:

- A. Die Haushaltssatzung 2012 mit ihren Anlagen wird beschlossen.
- B. Das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept 2012 wird - wie vorgelegt - beschlossen.
- C. Die Dringlichkeitsliste der **Stadt Kamen** und der **Stadtentwässerung Kamen** für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen der HSK – Kommunen nach § 82 GO NRW für das Haushaltsjahr 2012 wird beschlossen.

- D. Die vorstehenden Beschlüsse werden mit dem Auftrag an die Verwaltung verbunden, zur nächsten Sitzung des Rates einen erneuten Satzungsbeschluss mit einem überarbeiteten Haushaltssicherungskonzept herbeizuführen. Ziel dieses Beschlusses soll die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzeptes unter Berücksichtigung der Änderung des § 76 GO NRW sein.

Abstimmungsergebnis zu A: bei 18 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Abstimmungsergebnis zu B: bei 18 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Abstimmungsergebnis zu C: bei 5 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Abstimmungsergebnis zu A bis D: bei 18 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 19.
086/2011

Beteiligungsbericht 2011

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Gerdes verlässt die Sitzung und nimmt an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Zu TOP 20.
084/2011

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Stadtentwässerung Kamen" für das Wirtschaftsjahr 2012 und die Finanzplanung der Jahre 2011 - 2015

Frau **Dyduch** bedankte sich zunächst bei den Mitarbeitern für die engagierte Arbeit im abgelaufenem Jahr. Sie zeigte sich hoffnungsvoll, dass die freie Planstelle nach einer geplanten Höherbewertung endlich nachbesetzt werden könne. Mit Blick auf die Gewinnausschüttung ist der wirtschaftlich gut arbeitende Betrieb ein wichtiger Bestandteil der Stadt. Sie begrüßte, dass auch in den nächsten Jahren eine starke Verknüpfung mit den Baumaßnahmen der Stadt vorgesehen sei. Die vorgelegte Gewinnplanung sah sie im realistischen Bereich aufgestellt.

Beschluss:

Der Rat beschließt den vorgelegten Entwurf des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2012 und den Entwurf des Finanzplanes für die Wirtschaftsjahre 2011 - 2015

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 21.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Herr **Hupe** berichtete, dass auf dem Gelände der ehemaligen Total Tankstelle an der Münsterstraße / Ängelholmerstraße eine Bombe gefunden worden sei, die geräumt werden müsse.

Zum Fund führte Herr **Liedtke** aus, dass im Zusammenhang mit dem Rückbau der Tankstelle die Bombe durch Luftbilder entdeckt worden sei. Nach den Ergebnissen der Sondierung der Fundstelle durch die Bezirksregierung handele es sich um eine 250 kg schwere scharfe Bombe.

Die Entschärfung werde voraussichtlich am kommenden Freitag ab 10 Uhr vorgenommen. Der Evakuierungsradius werde 250 m betragen. Neben den Anwohnern seien Teile des Gymnasiums, die Agentur für Arbeit, eine Grundschule und zwei Kindertagesstätten von der Evakuierung betroffen.

Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer